

# Matthias Hauer

Ihr Abgeordneter für den Essener Süden und Westen

Newsletter ... 9/15

03.07.2015



Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) bei seiner Rede im Deutschen Bundestag zu Griechenland am 1. Juli © Bundesregierung/Steffen Kugler

## „Keinen Kompromiss um jeden Preis“

In einer vereinbarten Debatte hat sich der Deutsche Bundestag am Mittwoch mit der Situation nach dem Auslaufen des zweiten Hilfsprogramms für Griechenland am 30. Juni auseinandergesetzt. Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel erteilte griechischen Forderungen nach bedingungslosen Finanzhilfen eine klare Absage. Die Kanzlerin betonte, dass die Tür für Gespräche zwar offen bleibe, es könne jedoch „keinen Kompromiss um jeden Preis“ geben. An die Adresse der Opposition gerichtet sagte sie, gute Europäer seien nicht diejenigen, die Kompromisse um jeden Preis schlossen, sondern diejenigen, die europäische Verträge und nationales Recht achten und so für Stabilität in der Euro-Zone sorgen. Die griechische Regierung hatte am 26. Juni die Verhandlungen mit den Institutionen einseitig abgebrochen und ein Referendum angesetzt. Bis zum Abschluss des Referendums am 5. Juli hat die Euro-Gruppe die Verhandlungen ausgesetzt (siehe auch S. 2).

### Debatte zur Neuregelung der Sterbehilfe

In einer fast dreistündigen Debatte haben die Parlamentarier in dieser Woche zudem intensiv über vier fraktionsübergreifende Gruppenanträge zur Regelung der Sterbehilfe diskutiert. Die bisher größte Unterstützung hat ein Antrag, nach dem die geschäftsmäßige Sterbehilfe mit einem neuen Straftatbestand mit einem Strafrahmen von bis zu drei Jahren oder einer Geldstrafe belegt werden soll. Suizidbeihilfe für Angehörige oder andere nahestehende Personen bliebe danach weiterhin erlaubt. Ein weiterer Gruppenantrag will jede Art von Suizidbeihilfe unter Strafe stellen, ein anderer sogar Sterbehilfevereine ausdrücklich erlauben. Der Antrag mit der zweithöchsten Zustimmung sieht vor, Ärzten ausdrücklich die Suizidbeihilfe zu erlauben und damit Sterbehilfevereine überflüssig zu machen. Diese Möglichkeit soll jedoch nur nach eingehender Beratung, Bestätigung des Todeswunsches und der Einwilligung eines zweiten Arztes bestehen. Im Herbst will der Deutsche Bundestag über die vorliegenden Anträge abstimmen.

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Essenerinnen und Essener!

Sterbehilfe, Griechenland, Sicherheitslage nach den jüngsten islamistischen Anschlägen, Verbesserung der Zusammenarbeit im Bereich des Verfassungsschutzes, Bleiberecht und Aufenthaltsbeendigung – das waren nur einige der Themen, mit denen sich der Deutsche Bundestag in dieser Woche befasst hat.

Für die kommenden zwei Monate sind keine Sitzungen des Bundestages geplant. Diese Zeit werde ich intensiv für meine Arbeit im Wahlkreis nutzen und auch meine parlamentarische Tätigkeit nach der Sommerpause vorbereiten: Dann steht die Umsetzung europäischer Finanzmarktregulierung an, für die ich als Berichterstatter der Unionsfraktion zuständig bin.

Auch in diesem Monat freue ich mich auf die Bürgersprechstunden – gemeinsam mit den CDU-Vertretern vor Ort: So werde ich am 17. Juli von 10 bis 12 Uhr auf dem Markt in Kupferdreh und am 25. Juli von 10 bis 12 Uhr am Rüttenscheider Stern Rede und Antwort stehen (siehe S. 3).

Sollten Sie Fragen oder Anregungen haben, können Sie sich jederzeit gern an mich wenden (Kontakt siehe S. 4).

Ihr

Matthias Hauer MdB

**CDU**



# Berlin

## Griechenland hat Chancen nicht genutzt

**Am 1. Juli hat sich der Deutsche Bundestag mit der aktuellen Situation in Griechenland auseinandergesetzt. Sowohl Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel als auch Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble betonten, dass die Politik der griechischen Regierung gescheitert sei. Vor allem die griechische Bevölkerung sei nun Leidtragende dieser Politik.**

Die griechische Regierung hatte am 26. Juni beschlossen, die Vorschläge von Europäischer Kommission, Europäischer Zentralbank (EZB) und Internationalem Währungsfonds (IWF) für einen Reformplan abzulehnen und die Verhandlungen einseitig abgebrochen. Gleichzeitig hat sie beschlossen, ein Referendum über diese – bereits von ihr abgelehnten – Vorschläge anzusetzen. Dieses Referendum findet am 5. Juli statt, fünf Tage nachdem die derzeitige europäische Finanzhilfsvereinbarung mit Griechenland ausgelaufen ist. Erst im Februar 2015 hatte der Deutsche Bundestag einer Fristverlängerung dieser Vereinbarung zugestimmt, die dem griechischen Staat mehr Zeit eingeräumt hatte, um die nötigen Reformen erfolgreich anzugehen.

Allerdings habe Griechenland, betonte Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble in der Debatte, genau das Gegenteil getan: Die aktuelle griechische Regierung habe bereits vereinbarte Reformen wieder rückabgewickelt und das Land damit um Jahre zurückgeworfen. Auch die Verhandlungstaktik kritisierte er scharf: „Ziel des jüngsten Manövers der griechischen Regierung ist es offenbar, weitere Zeit zu gewinnen und in der Zwischenzeit Finanzmittel ohne Gegenleistung in Form von Reformen zu erhalten“, sagte er. „In der Euro-Gruppe sind sich mit Ausnahme Griechenlands alle Länder einig, dass das kein geeigneter Weg ist.“ Eine Auszahlung von Finanzmitteln ohne ein gemeinsames Verständnis über wichtige Reformen wäre unverantwortlich gegenüber den Bürgern aller anderen europäischen Staaten und würde das Wesen der Hilfen verkennen. Die finanzielle Solidarität sollte es Griechenland ermöglichen, seine Wirtschaft wettbewerbsfähiger, seinen Staat handlungsfähiger und sein Sozialsystem leistungsfähiger zu machen. Diese Chance habe die griechische Regierung nicht genutzt. „Dass sie zudem ein Referendum ansetzt, ist ein Schlag ins Gesicht der Gläubigerstaaten, die Griechenland in den vergangenen Jahren über Wasser gehalten haben“, betont auch CDU/CSU-Fraktionschef Volker Kauder.

Griechenland steht nun vor der Staatspleite. Ministerpräsident Alexis Tsipras hat ein neues, zweijähriges Programm aus dem Europäischen Stabilitätsmechanismus ESM (siehe Info-Box) beantragt. Ein solches Programm wäre jedoch nur mit Zustimmung des Deutschen Bundestages möglich.



Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel (CDU) bei der Debatte am 1. Juli im Deutschen Bundestag © Bundesregierung/Steffen Kugler

### Hintergrund

#### Europäischer Stabilitätsmechanismus (ESM)

Der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) wurde 2012 als Nachfolger der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) ins Leben gerufen. Ein betroffenes Mitgliedsland des Euro-Raums kann Finanzhilfe durch den ESM beantragen, wenn dies zur Wahrung der Finanzstabilität in der Euro-Zone unabdingbar ist. Geleitet wird der ESM von den Finanzministern der 19 Euro-Staaten. In allen wesentlichen Fragen darf der deutsche Vertreter jedoch nicht ohne Beteiligung des Deutschen Bundestages abstimmen.



Schülerinnen der Klassen 9 a und c der B.M.V.-Schule mit Matthias Hauer in Berlin

## B.M.V.-Schülerinnen zu Besuch in Berlin

Doppelte Frauenpower: Ende Juni war die britische Königin, Elisabeth II., in Berlin. Die Schülerinnen der Klassen 9 a und c der B.M.V.-Schule in Holsterhausen konnten bei ihrem Besuch in der Hauptstadt einen Blick auf die Queen erhaschen – wenige Zeit später ging es ins Regierungsviertel zur Besichtigung des Reichstagsgebäudes und für ein persönliches Gespräch mit Matthias Hauer MdB. Eine Stunde lange stellten die Schülerinnen ihrem Bundestagsabgeordneten Fragen über aktuelle politischen Themen, sprachen über die Aufgaben eines Bundestagsabgeordneten und über die Beweggründe für das politische Engagement von Matthias Hauer. „Ich habe mich sehr über das angeregte Gespräch mit den Schülerinnen gefreut“, so Matthias Hauer. „Der Austausch mit Jugendlichen liegt mir am Herzen; gerade Schulklassen sind herzlich zum Gespräch willkommen.“

# Essen



Matthias Hauer mit dem CDU-Ehrenvorsitzenden Franz-Josef Britz

## Wahlen beim CDU-Kreisparteitag

Die Essener CDU hat am 20. Juni gewählt: Matthias Hauer ist neuer Kreisvorsitzender. Franz-Josef Britz wurde zum Ehrenvorsitzenden bestimmt – er kandidierte nach 12 Jahren an der CDU-Spitze nicht erneut. „Unser Ziel ist es, mehr Menschen für die CDU zu begeistern“, sagte Matthias Hauer in seiner Antrittsrede. Die CDU müsse die „Mitmach-Partei“ werden und deutlicher machen, wofür sie steht. In den Kreisvorstand wurden zudem gewählt: als Stellvertreter Christiane Moos, Dr. Robin Ricken und Fabian Schrupf, als Schatzmeister Peter Tuppeck und als Beisitzer Jochen Becker, Jutta Eckenbach MdB, Florian Fuchs, Gerhard Grabenkamp, Walburga Isenmann, Andreas Kalipke, Gunthar Kipphardt, Uwe Kutzner, Jessica Roth, Martina Schürmann, Sonja Wilkending und Thomas Ziegler.

## Werden: Spielplatzfest und Parcours im Ruhrtal

Trubel auf dem Spielplatz im Löwental: Die Spielplatzpaten Lennard Schmischke, Kristian Schäfer und Sven Garbrielczyk hatten am 26. Juni ein Spielplatzfest mit Panda-Hüpfburg, Kinderschminken, klassischer Musik und sportlicher Betätigung organisiert. „Ein tolles Engagement“, sagte Matthias Hauer MdB, der gemeinsam mit OB-Kandidat Thomas Kufen MdL, Daniela Rittkowski und Tanja Schmitz, jeweils Jugend- und Kinderbeauftragte der Bezirksvertretung IX, vor Ort war und sich mit den Spielplatzpaten Kristian Schäfer und Lennard Schmischke (Foto v.l.) austauschte. „Wir haben die Chance genutzt, uns auf den aktuellen Stand zum Thema Bewegungsparcours bringen zu lassen“, berichtet Matthias Hauer. Der Parcours soll in der Nähe der Ruhr entstehen und kostenlos zugänglich sein.



## Bürgersprechstunde auf der Margarethenhöhe

Am 24. Juni konnten Bürgerinnen und Bürger auf der Margarethenhöhe mit ihrem Bundestagsabgeordneten und örtlichen Vertretern der CDU ins Gespräch kommen. Bei strahlendem Sonnenschein standen Bezirksvertreterin Nora von der Gathen, Matthias Hauer MdB, Brigitte Harti, Vorsitzende der CDU Margarethenhöhe und der CDU Essen-West, Andreas Koch und Marcus von der Gathen (Foto v.l.) den Interessierten Rede und Antwort.

**Die nächsten Bürgersprechstunden:** Auch im Juli wird es wieder Möglichkeiten zum direkten Austausch mit Matthias Hauer MdB und örtlichen CDU-Vertretern geben, so am **17. Juli von 10 bis 12 Uhr auf dem Markt in Kupferdreh** und am **25. Juli von 10 bis 12 Uhr am Rüttenscheider Stern**.

## Kupferdreh: Tag der kleinen Forscher in der Kita „Regenbogenland“



Nachwuchsförderung im naturwissenschaftlichen Bereich (MINT) – dieses Ziel hat sich die Stiftung „Haus der kleinen Forscher“ auf die Fahnen geschrieben. Am bundesweiten „Tag der kleinen Forscher“ der Stiftung engagieren sich auch Politiker in der MINT-Förderung. Matthias Hauer MdB hat am 22. Juni gemeinsam mit der Kinder- und Jugendbeauftragten im Stadtbezirk VIII, Tanja Sager, in der evangelischen Kindertagesstätte „Regenbogenland“ in Kupferdreh mit den Kindern ein kleines Forschungsprojekt durchgeführt.

# Kontakt



## Büro Berlin

Deutscher Bundestag  
Matthias Hauer MdB  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Tel.: 030 227 75169

Fax: 030 227 76169

Unterstützen mich in Berlin: Dirk Stahns,  
Elena Zettelmeyer, Katrin Arnholz (v.l.)



## Büro Essen

Matthias Hauer MdB  
Blücherstr. 1  
45141 Essen

Tel.: 0201 545 46100

Fax: 0201 545 46101

Unterstützen mich in Essen: Constantin Hesselmann, Daniela Rittkowski, Marie Kohls (v.l.) sowie Nils Sotmann

E-Mail: [matthias.hauer@bundestag.de](mailto:matthias.hauer@bundestag.de)

Facebook: [facebook.com/matthiashauer.cdu](https://facebook.com/matthiashauer.cdu)

Twitter: [twitter.com/MatthiasHauer](https://twitter.com/MatthiasHauer)

